

Kompliziert, teuer, ineffizient und ungerecht

Die Hälfte der stimmberechtigten Bevölkerung hat Probleme mit der Höhe der Krankenkassenprämien, von der nicht-stimmberechtigten Bevölkerung sicher mehr als die Hälfte. Von der Bevölkerung mit einem Einkommen bis zu 3000 Franken pro Monat haben 70%, beim Mittelstand mit Löhnen von 7000 bis 9000 Franken «nur noch» 46% Probleme mit der Prämienlast. Diesen soll nun die Prämiensubvention auch zu gute kommen.

Der Bund bewilligte dazu 200 Millionen Franken, die aber nur an die Kantone bezahlt werden, wenn diese nochmals 100 Millionen Franken dazu legen. Genau das tun diese aber nicht, weshalb auch die 200 Bundesmillionen nicht voll ausgeschüttet werden. Vom mickerigen Rest profitiert eine Mittelstandsfamilie nicht mehr gerade viel. Deshalb werden zwangsläufig jene Ärmeren weniger Subvention bekommen, von denen schon jetzt 70% mit der Bezahlung der Prämien Mühe hat.

Das Steueramt meldet der Sozialversicherungsanstalt (SVA) die Einkommen des letzten Jahres. Wer am 1. Januar arbeitslos wird und nur noch 70% verdient, erhält deshalb erst im Jahr danach Prämiensubventionen. Die SVA schickt den Bezugsberechtigten ein Formular, das sie ausgefüllt zurückschicken müssen. Viele, nicht nur fremdsprachige Bezugsberechtigte verstehen das Formular schlicht nicht, werfen es weg und zahlen somit die volle Prämie. Wenn sie das nicht mehr können, verweigert die Krankenkassen die Rückvergütung. Nach dem Betreibungsamt kommt dann das Sozialamt zum Zuge. Das alles kostet viel zu viel.

Das System der Prämiensubvention ist derart kompliziert, teuer, ineffizient und ungerecht, dass die einkommensabhängige Krankenkassenprämie einfach nicht schlechter sein kann. Dies ist nur einer von vielen Gründen, welcher für die Annahme der Initiative für eine Einheitskrankasse spricht.

DR. MED. DAVID WINIZKI
Hausarzt in Zürich, VUA*

VUA* – Vereinigung Unabhängiger Ärztinnen und Ärzte, VUA (Vereinigung unabhängiger Ärztinnen und Ärzte, PF 2309, 8031 Zürich www.vua.ch / sekretariat@vua.ch)